

Zur Agrarreform Perus von 1969

Noriko HOFUKU

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. Überblick über die Agrarstruktur Perus
2. Die traditionelle Agrarstruktur
 - 2.1. Hacienda-Minifundio Komplex
 - 2.2. Die indianischen Landgemeinden
3. Soziale Spannung auf dem Land
4. Agrarpolitik von Perez Godoy und Belaunde als Vorläufer der Agrarreform 1969
 - 4.1. Die Agrargesetzgebung von Militärjunta von Perez Godoy 1962
 - 4.2. Die Agrarreform von Belaunde Terry 1963-1968
5. Die Agrarreform der "Revolutionären Regierung der Streitkräfte" von 1969
 - 5.1. Zur Machtübernahme durch das Militärregime
 - 5.1.1. Die allgemeine Klassenlage
 - 5.1.2. Die wirtschaftliche und politische Lage vor dem Putsch
 - 5.2. Neue Formen der Betriebe bzw. des Landbesitzes
 - 5.3. Regelungen der Umverteilung des Landes bzw. des Viehs und von Gebäuden
 - 5.3.1. Enteignung
 - 5.3.2. Umstrukturierung der Minifundien durch Flurbereinigung
 - 5.3.3. Zuweisung von enteigneten Ländereien an besitzlose Bauernfamilien
 - 5.4. Agrarpolitik
 - 5.4.1. Preis- und Subventionspolitik für Agrargüter
 - 5.4.2. Die Kredit- und Investitionspolitik
6. Auswirkung der Agrarreform
 - 6.1. Bodenverteilung
 - 6.2. Beschäftigungseffekt, Einkommensverteilung
 - 6.3. Produktionsentwicklung der Agrargüter
 - 6.4. Kapitaltransfer von Entschädigungsgeldern in die Industrie

Zusammenfassende Schlußfolgerung

Anmerkungen

Einleitung

In Peru wurden in den sechziger Jahren mehrere Agrarreformen durchgeführt, darunter die Agrarreform von 1969 unter Führung des Generals Juan Velasco Alvarado, die als die radikalste revolutionäre Agrarreform nach der kubanischen Revolution in Lateinamerika betrachtet wurde. Das heißt: „Das Gesetz sah die Enteignung allen Großgrundbesitzes ohne Ausnahme, aber gegen Entschädigung vor“,¹⁾ um das traditionelle Gesellschaftssystem (Latifundien, Minfundien, usw.) umzustrukturieren, bzw. zu modernisieren, um damit „die soziale Gerechtigkeit auf dem Lande garantieren“,²⁾ zu können. In dieser Arbeit will ich die zwei Agrarreformen, nämlich von General Perez Godoy 1962 und von der Belaunde-Regierung 1964 als Vorläufer kurz erläutern und dann den Verlauf der Agrarreform von 1969 und ihre Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung hinsichtlich der Bodenverteilung, des Beschäftigungseffektes und der Produktionssteigerung untersuchen.

1. Überblick über die Agrarstruktur Perus

Die peruanische Landwirtschaft kann sowohl geographisch, als auch wirtschaftlich, sozialstrukturell in drei Gebiete geteilt werden, nämlich Costa, Sierra und Selva.

Die Costa besteht aus der Küstenzone (mit einer Breite von 50 bis 200km über eine Länge von ca. 2,300 km) und umfaßt 10.6% der Landesfläche. Aufgrund des wüstenartigen Charakters des größten Teils der Costa sind nur die Seiten an den Flüssen mit Bewässerungsmöglichkeiten fruchtbar.³⁾ Hier werden vor allem als Exportgüter Baumwolle, Zuckerrohr, Reis, Mais, Gemüse, Tabak und Wein produziert. Diese Produkte werden in kapitalintensiven Großbetrieben mit intensiver Bodennutzung monokulturell hergestellt. Die Latifundien und die agro-industrielle Komplexe hoher Produktivität, die nur über rd. 27% der genutzten Fläche verfügen, haben einen Anteil von ca. 50% an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion und ca. 90% der

landwirtschaftlichen Exportproduktion⁴⁾

Die Sierra liegt auf dem zwischen 3,000 und 4,000m hohen und bis zu 400km breiten Hochland und den Gebirgsketten der Anden. Hier ist die Agrarstruktur durch das Minifundium geprägt; das heißt, daß aufgrund der starken Parzellierung des Bodens primitive Bodenbearbeitung unter ungünstigen Klimaverhältnissen und ein hoher Grad der Subsistenzwirtschaft mit geringer Produktivität kennzeichnend ist. Dementsprechend trägt die agrarische Produktion nur zu etwa 30% zur Gesamtproduktion bei, obwohl in der Sierra 51.7% der genutzten Fläche vorhanden sind. In der zentralen Sierra werden vor allem Mais, Weizen, Gerste, Kartoffeln, Qujskaul sowie Wolle und Fleisch auf den Weide-Hochflächen gewonnen.

Die Selva umfaßt den größten Teil des Staatsgebietes (58.8%) und erstreckt sich von den Ostanhängen der Anden (montana oder selva alta) in die tropischen Tieflandgebiete des Amazonasbeckens (selva baja). In der montana hat neuerdings die Produktion von Kaffee, Tee, Kakao als Exportgütern Bedeutung gewonnen. In der Selva ist aber wie in der Sierra die Tendenz zur Subsistenzproduktion in Minifundien aufgrund der Grundbesitzkonzentration oder schlechter materieller Voraussetzungen zu beobachten.

2. Die traditionelle Agrarstruktur

Die peruanische Agrarstruktur hinsichtlich der Bodenbesitz- und Arbeitsverhältnisse ist traditionell durch eine hohe Polarisierung – eine extreme Bodenkonzentration auf der

Tabelle 1 : Bodenbesitzverteilung in der "Mancha India" * und im übrigen Peru

ha	"Mancha India"		übriges Peru		
	Produktions- einheiten	%	ha	%	ha %
0– 4	87.5	7.8	79.3	5.8	
5– 9	6.6	2.7	11.4	3.3	
10– 19	2.5	2.0	4.6	2.9	
20– 99	1.9	4.6	3.5	6.2	
100–499	0.5	8.5	0.7	7.2	
500+	0.4	60.7	0.2	65.4	
comunidades	0.03	13.1	0.03	8.8	
Total	99.43	99.4	99.73	99.6	

* "Mancha India" bezeichnet das Gebiet der sechs Departements mit dem höchsten Anteil an indianischer Bevölkerung: Ancash, Apurimac, Ayacucho, Cuzco, Huancavelica und Puno. Hier lebten 29% aller Peruaner, und 69% der Bevölkerung hier sind in der Landwirtschaft und Viehzucht tätig.

Quelle : Andrea Gaitsch, Die peruanische Agrarreform, Die Dritte Welt Sonderheft 1976, Meisenheim, S. 12

einen Seite (Latifundium) und eine Bodenaufsplitterung auf der anderen Seite (Minifundium) – gekennzeichnet.

Während 72.6% des Bodens auf 0.9% der Großgrundbesitzer (mit 100 ha und mehr) entfällt, müssen sich 90.7% der Produktionseinheiten (mit 0–9ha) mit 9.1% des Bodens vor der Agrarreform 1969 begnügen. Um einen Überblick über die traditionelle Agrarstruktur zu geben, werden die Charakteristika der Bodenbesitz- und Arbeitssysteme von zwei traditionellen Institutionen, nämlich von dem Hacienda–Minifundio–Komplex und den indianischen Landgemeinden, die in der Sierra vor der Agrarreform typisch waren und heute noch in weiten Gebieten Perus üblich sind, dargestellt.

2.1 Hacienda–Minifundio Komplex

Aus ökonomischen, sozialen und ideologischen Gründen kümmern sich die semifeudalen Großgrundbesitzer kaum um eine intensive Bearbeitung ihrer Ländereien. Ihre Böden sind extensiv bewirtschaftet und aufgrund des geringen technischen Einsatzes und Anwendung des Düngemittels ist die Produktivität gering. Die fruchtbaren Böden behalten die hacendados selbst und überlassen (als Pacht oder Entgelt für geleistete Arbeit) die übrigen ungünstigen Teile Minifundisten oder landlosen Campesinos.

Vor der Angst, die Nutzungsrecht zu verlieren, befinden sich die Pächter von den Grossgrundbesitzern in totaler sozialer Abhängigkeit. Diese resultiert ferner aus dem Überangebot der Pächterkandidaten, die mangels günstigen Verkehrsnetzes gezwungenermaßen in dicht besiedelten Dörfern ohne eigene Böden blieben. Als eine der Verpachtungsbedingungen der Kleinstparzellen sollen die Pächter den Boden von Großgrundbesitzern bestellen. „Der Extremfall ist ein in den Andenländern weit verbreitetes quasi-feudales Verhältnis, das unter der allgemeinen Bezeichnung colonato (eine Art Kleinpacht) bekannt ist. Der colono ist eine Art landloser Arbeiter. Ihre Familienmitglieder standen nach dem Bedarf des Betriebes auch als ungelernete Reservarmee zur Verfügung.“⁵⁾ Zwar erhielten seit Beginn der fünfziger Jahre die Pächter gegen Arbeitsleistung auf der Hacienda Tagelöhne, aber unter Umständen nur eine symbolische Summe. Außer der Arbeit auf dem Hacienda–Land wurde die Bezahlung für die Pacht in Form von Naturalienabgaben aus der Produktion der Parzellenpächter durchgeführt. Abgesehen von obengenannten Pachtspflichten mußten die Pächter zusätzlich Dienstleistungen für Haushalt oder Transportdienst für die Großgrundbesitzer leisten. Für Herstellung der Arbeitsgeräte stellten sie sich auch zur Verfügung.⁶⁾ In den in die Geldwirtschaft stärker integrierten Gebieten wird die Pacht vor allem unter dem Druck der Gewerkschaften seit Anfang der sechziger Jahre monetär bezahlt.

2.2 Die indianischen Landgemeinden

Die indianischen Landgemeinden sind auf den Andenhochland-Gebieten neben Hacienden eine typische traditionelle Institution. In der Verfassung von 1969 wurden als comunidades indigenas, deren Bezeichnung 1969 als comunidades campesinas geändert wurde, ein kommunaler Landbesitz garantiert. Der kommunale Bodenbesitz ist Gemeinde-Mitgliedern zur Nutzung individuell verteilt, das Nutzungsrecht jeweiliger Parzellen kann vererbt werden. Außer Boden befinden sich meistens das Weideland, Forstbestände und Wasserquellen zur Gemeinnutzung. „Die Lage der meisten comunidades an Bergflanken mit nur geringem Zugang zum fruchtbaren Bewässerungsland bedingt eine Streuung des familiären Besitzes in Kleinstparzellen über mehrere Höhenlagen.“⁷⁾ Die meisten Parzellen des Bewässerungslandes liegen unter einem topo.⁸⁾ Außer mangelnden Bodenressourcen und -qualität bedingen die primitiven Produktionsmethoden oder der mangelnde Einsatz von Düngemitteln die geringen Erträge für die Subsistenzwirtschaft.

3. Soziale Spannung auf dem Land

Die Unzufriedenheit aufgrund der Verschlechterung der Lage der campesinos, Pächter und Landarbeiter, die allerdings auch auf Veränderungen in den überbevölkerten comunidades und der Ausbeutung in Haciendas beruht, führte seit Anfang des 20. Jh. zu sporadischen Bauernaufständen.⁹⁾ „Die Stärkung der Syndikate während der 40er Jahre gab die Grundlage für die Agitation der Bauern und Landarbeiter ab.“¹⁰⁾ Dazu veranlaßten die ländlichen Bevölkerungen die seit 1950 ständig zunehmenden Land-Stadt-Migrationen und die durch verbesserte Massenkommunikation erworbenen städtischen Wertvorstellungen, ihre miserablen Lebensbedingungen in den comunidades und traditionellen Hacienden auf dem Hochland in Frage zu stellen. Vor allem als die Großgrundbesitzer im Valle de la Convención anlässlich der ansteigenden Weltmarktnachfrage nach Kaffee versuchten, Teile des Kaffeelandes ihrer Pächter, dessen Böden besser für den Kaffeeanbau geeignet waren als ihr direkt bewirtschaftetes Hacienda-land, wieder direkt zu bewirtschaften und die Arbeitsbedingungen zu verschärfen, schlossen sich die Pächter und Unterpächter 1952 zu den ersten Gewerkschaftsorganisationen zusammen. Seit 1952 wandelte sich der regional begrenzte Kampf der ausgebeuteten Landbevölkerung zur organisierten Bauernbewegung mit dem Ziel der Ablösung der traditionellen Agrarstruktur auf nationaler Ebene.¹¹⁾ Zwischen 1958 und 1962 kam es „zur Gründung einer Vielzahl neuer Bauerngewerkschaften, sowie eines Provinzverban-

des (Federacion Provincial de Campesinos de la Convención y Lares) und eines Regionalverbandes (Federación Departamental de Campesinos del Cuzco).”^{12),13)} „In den 60er Jahren vermehrten sich die Kämpfe der Bauernmasse gegen die herrschenden Zustände, die sich über große Teile des peruanischen Hochlandes ausweiteten. Die Bauernrevolten erreichen 1962 im Tal von la Convención im Department Cuzco einen Höhepunkt, als die campesinos unter der Führung von Hugo Blanco die Haziendabesitzer verjagten.”¹⁴⁾ Die Federación Departamental de Campesinos del Cuzco stellte dabei folgendes Agrarprogramm:¹⁵⁾

1. Die Vollversammlung einer jeden Gewerkschaft bestimmt aus ihrer Mitte eine Agrarreformkommission.
2. Colonos (arrendires) und Subcolonos (allegados) werden automatisch Eigentümer des Bodens, den sie bearbeiten.
3. Das nicht kultivierte Land wird in Parzellen aufgeteilt. Dabei haben die armen Bauern den Vorrang.
4. Diejenigen Ländereien, auf denen Pflanzungen für den Hacendado angelegt wurden, verbleiben in dessen Besitz, soweit er nicht ein Unterdrücker gewesen ist. Anderenfalls gehen diese Pflanzungen und, wenn möglich, auch das Haciendahaus samt Anlagen in den kollektiven Besitz der Gewerkschaft über und werden als Schule, für die Apotheke, für Kanalisation usw. benutzt.
5. Die Behörden, die den Grundherrn zu Dienste stehen, dürfen nicht intervenieren, denn die einzigen, die wirklich die Situation im Agrarsektor kennen, sind die Bauern selbst.

Trotz des Drucks militärischer und polizeilicher Repression nach der Verhaftung von Blanco 1962 aufgrund seiner radikalen Landinvasionsstrategie, verbreiteten sich die Aktionen mit dem Slogan „Landwiedergewinnung” weiter und griffen sogar zwischen 1962 und 1965 auf die Pampa de Anta über.

4. Agrarpolitik von Perez Godoy und Belaunde als Vorläufer der Agrarreform 1969

4.1 Die Agrargesetzgebung von Militärjunta von Perez Godoy 1962

Die zunehmende Unruhe auf dem Land veranlaßte die Militärjunta unter Leitung des Generals Perez Godoy, 1962 eine neue Agrarpolitik zu treiben, „um weitere Eskalationen der Unzufriedenheit und der Gewalt zu vermeiden.”¹⁶⁾ In einem Jahr von 31.8.1962 bis 28.3.1963 wurden drei Gesetsdekrete mit dem Ziel erlassen, ungenutzte Ländereien, abgesehen von den verfassungsrechtlich geschützten indianischen Land-

gemeinden, staatlich zu beschlagnahmen und eine Neuregelung der ländlichen Arbeits- und Besitzverhältnisse anzustreben. Abgesehen von im Valle de la Convención y Lares, wo die faktische Änderung traditioneller Agrarstruktur durch Gewerkschaften schon selbst durchgeführt wurde, fand die Durchführung der Erlasse wegen der Behinderung durch die Großgrundbesitzer nicht statt.¹⁷⁾

4.2 Die Agrarreform von Belaunde Terry 1963-1968

Der demokratisch gewählte Präsident Belaunde Terry hat, wie im Wahlkampf versprochen, am 21.5.1963 das Agrarreformgesetz zur Umstrukturierung des Agrarsektors verkündet, in dem die Transformation des Hacienda-Minifundio-Komplexes in eine Ansammlung von kleinen und mittleren Privateigentümern als die Grundlage für die nationale, wirtschaftliche und soziale Entwicklung geplant wurde. Das beinhaltet nämlich die Umverteilung des Eigentums an Boden und eine Neuregelung der Kreditvergabe, der technischen Beratung und der Kommerzialisierung. Das für die Reform benötigte Land sollte nach der staatlichen Enteignung an landlose oder landarme Bauern, indianische Landgemeinden oder Genossenschaften übergeben werden.¹⁸⁾ Dieses Agrarreformgesetz war zwar für die peruanische Agrargeschichte sehr bedeutsam, aber zahlreiche Ausnahmeregelungen für die Anwendung und deren Mißbrauch ließen es doch scheitern. Besonders „die damals noch politisch dominierende Agrarbourgeoisie konnte einschneidende Strukturveränderungen blockieren, indem sie die agro-industriellen Komplexe der Costa, sämtliche Latifundien im Besitz von Gesellschaften, bestimmte Gebiete sowie die bestehenden Wasserrechte (mit ihren Erpressungseffekten in ganzen Regionen) aus der Reform auszuschließen verstand. Also wurden nur wenige, meist unproduktive Großgrundbesitzer mittlerer Größe enteignet und entweder unter Freisetzung von Arbeitskräften in produktive Einheiten umgewandelt oder im Verfolg der sozialen Pazifizierungsstrategie an Kleinbauern verteilt. Bis zur zweiten Agrarreform von 1969 waren mit ca. 1,5 Mio.ha nur ca. 8% der gesamten Betriebsfläche enteignet und ca. 430,000ha an 16,500 Familien verteilt worden. Diese Maßnahmen waren weder geeignet, die Landwirtschaft zu modernisieren noch die fundamentalen Strukturdefekte zu korrigieren. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP sank von 1960 bis 1970 um über 6%.“¹⁹⁾

5. Die Agrarreform der „Revolutionären Regierung der Streitkräfte“ von 1969

Die Militärregierung, die sogenannte „Revolutionäre Regierung der Streitkräfte“

von General Juan Velasco Alvarado, die am 3. Oktober 1968 durch einen unblutigen Staatsstreich die Macht in Peru (bis zum Ende August 1975) ergriffen hatte, verstand die Agrarreform als eine der wichtigsten Aufgabe, „als unverzichtbare Ergänzung zur Industrialisierung“. Die Wirtschaftspolitik der Velasco-Regierung war als „peruanisches Modell“ und als eine erfolgsversprechende Entwicklungsstrategie mit dem Slogan „weder kapitalistisch noch kommunistisch“ aufgetreten und „bestand aus einem Bündel von antiimperialistischen, antioligarchischen und antimonopolistischen Reformen.“²⁰⁾ Nach gemeinsamer Beratung von Militärs mit Zivilen wurde am 24. Juni 1969 Agrarreformgesetzesdekret 17716 erlassen. Durch diese Agrarreform sollte nicht nur die Umverteilung des Landes und des Einkommens verwirklicht werden, sondern darüberhinaus auch durch die Entmachtung der Oligarchie eine Umwandlung der Agrarstruktur geschaffen werden, nämlich sollte die „politische Macht von einem kleinen Sektor auf die große Mehrheit der ländlichen Arbeiter übergehen.“²¹⁾ Abgesehen von der obengenannten sozialen Gerechtigkeit auf dem Land wurde gemäß Artikel 1, Titel I des Gesetzes jedoch für wichtig gehalten, „die Produktion und die Produktivität des Sektors Ackerbau und Viehzucht zu steigern.“²²⁾ Damit beabsichtigte das Gesetz erstens, den Nahrungsmittelsimport zu verringern, und zweitens durch die Exportzunahme der Agrarprodukte wie Zucker, Kaffee, Tee, usw. den Agrarsektor als Akkumulationsquelle für Investitionen im Industriesektor zu benutzen.

5.1 Zur Machtübernahme durch das Militärregime

5.1.1 Die allgemeine Klassenlage

Nach dem zweiten Weltkrieg, insbesondere in den 50er Jahren änderte sich die Zusammensetzung sowohl der herrschenden als auch der ausgebeuteten Klassen Perus. Traditionell hatte die Gruppe, die aus Finanz- und Agraroligarchie bestand, das Land politisch und wirtschaftlich beherrscht. Die Finanzoligarchie hatte als hegemoniale Fraktion der Bourgeoisie in allen Wirtschaftssektoren wie im Bergbauwesen, in der Industrie, in der Landwirtschaft, vor allem im Bereich von der Zucker- und Baumwollproduktion für den Export und sogar in Immobilien und im Versicherungswesen, die ökonomischen Schlüsselstellungen kontrolliert. Die Agraroligarchie beruhte auf der Latifundisten-Gruppe mit ihrem Monopol über Grund und Boden und beherrschte auch die landwirtschaftliche Produktion für den inneren Konsum mit überwiegend vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Dazu entstand nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Fraktion innerhalb der herrschenden Klasse, nämlich die Industrie-Bourgeoisie. Diese entwickelte sich teilweise im Zuge des Importsubstitutionsprozesses, teilweise im

Zusammenhang mit Auslandsinvestitionen (vor allem aus den USA), die dem inneren Markt galten.

Dementsprechend entwickelte sich auch das Proletariat im Zuge des industriellen Wachstums. Es entstand außer dem „klassischen“, der internationalen Monopol-Bourgeoisie und der Finanz-Fraktion der einheimischen Bourgeoisie gegenüberstehenden Proletariat ein neues, der modernisierenden Monopolbourgeoisie der einheimischen Industrie zuzurechnendes Proletariat.

Die Landarbeiter und Bauern waren zwar in verschiedenen Schichten unterteilt, aber die meisten Campesinos existierten im vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Die Kleinbourgeoisie, vor allem Intellektuellen fand ihren politischen Ausdruck in der Universitätsbewegung, in der sie unabhängig von der Bourgeoisie ideologisch und politisch radikal marxistische Positionen übernahm, jedoch sah sie in der bestehenden Lage eine schwerwiegende Begrenzung für die Realisierung des gesellschaftlichen Fortschritts aufgrund des Abblockens durch die oligarchischen Interessen. So näherte sie sich zum Teil den radikalsten Elementen der „Acción popular“ – der Partei von Belaunde Terry²³⁾

5.1.2 Die wirtschaftliche und politische Lage vor dem Putsch

In der letzten Phase der Belaunde-Regierung befand sich Peru in der wirtschaftlichen, politischen und moralischen Krise.

Die Belaunde-Regierung versuchte ihre Wirtschaftspolitik zur modernisierenden Industrialisierung in starkem Maße mit ausländischem Kapital zu treiben. In der Situation, wo der Staat, der nur von indirekten Steuern und ausländischer Hilfe lebte, der Ertrag der indirekten Steuern beträchtlich durch rückläufigen Exporterlöse aufgrund des konjunkturellen Rückgangs auf dem Weltmarkt sank, geriet die Regierung in große Schwierigkeiten. Um diesen Konjunkturrückgang auszugleichen, neigte die Regierung dazu, die Lösung in der Inflation zu suchen. Dies führte zur Inflationskrise in 1967, als Folge davon zur Geldentwertung im September des selben Jahres. Die Regierung verlor das Vertrauen sowohl von den ausländischen Staaten als auch von der peruanischen Finanzoligarchie, die eng mit den im Inland operierenden Interessen verbunden ist. In dieser Lage wurden alle reformistischen Versuchen: wie Landreform und städtische Wohnungsaufbau usw. aufgehoben, die Belaunde beim Wahlkampf versprochen hatte.²⁴⁾ Kurz darauf ist eine Reihe von Schmuggelfällen in der Öffentlichkeit bekannt geworden, in der hohe Beamte der Regierung und hohe Offiziere verwickelt waren. Diese Affäre verschärfte die heikle Lage der Regierung und des ganzen politi-

schen Systems. „Innerhalb der Regierung selbst kam es zu Zwistigkeiten, und Anhänger der Reform zogen sich zurück, vor allem auch, weil sich Belaunde systematisch weigerte, mit Hilfe des Volkes die politische Initiative wieder in die Hand zu nehmen und endlich die „Strukturänderungen“ zu realisieren.“²⁵⁾ Dazu reagierten die Volksmassen aus Wut und mit der allgemeinen Unzufriedenheit wegen der Verteuerung der Lebenshaltungskosten in der Form der großen Bauernbewegung und des Guerillakampfs. Im September wurde sogar im Post- und Fernmeldewesen, bei den Banken, im Transportgewerbe, in den Minen usw. gestreikt. Nach der brutalen Niederschlagung der Demonstrationen von Arequipa durch die Streitkräfte verkündete der Gewerkschaftsverband den Generalstreik, und darauf hin radikalisierten sich auch Studenten. „Diese Krise griff entgeltig auf den politischen Apparat der Bourgeoisie über, als im August-September der Vertrag über die „Nationalisierung“ des Petroleums unterzeichnet wurde und plötzlich seine Seite 11 verschwunden war (auf der detailliert die Bestimmungen über die Entschädigungen festgehalten waren).“²⁶⁾ In dieser Zeit war die Wahl 1969 vorgesehen, in der die populistische Partei APRA in Allianz mit einem Flügel von der „Acción Popular“ – Christdemokratische Partei –, also der Finanz-Agrar-Allianz der Bourgeoisie die Wahlen hätte gewinnen können. „Diese Allianz ist vollkommen neu und von entscheidender Bedeutung für die Politik des Landes. Zum ersten Mal entsteht ein klarer Zusammenschluß zwischen der nach vorn drängenden städtischen Bourgeoisie, die allerdings mit den neuen ausländischen Interessen liiert ist, und der Modernisierungspartei der Mittelklasse mit Massenbasis.“²⁷⁾ „Kurz, die Wahlen zuzulassen und eine Regierung aus Bankiers und Grossgrundbesitzern zu bilden, hatte eindeutig die Bedingungen dafür geschaffen, daß der „Kommunismus“ sich entwickelt und reale Chancen gehabt hätte, an die Macht zu gelangen.“²⁸⁾ So sahen die Streitkräfte, die zu den reformistischen Kräften gehören, die Drohung einer sozialistischen Revolution aufgrund der vorhandenen gesellschaftlichen Spannungen. Nach einer Studie vom Geheimdienst der Armee glaubten die Streitkräfte darauf bestehen zu müssen, daß sie außer der Unterdrückung der Führer der subversiven Bewegung auch noch die grundsätzlichen Bedingungen beseitigen müssen, die den Aufstand begünstigten, nämlich die bestehenden inneren Widersprüche.

5.2 Neue Formen der Betriebe bzw. des Landbesitzes

Gemäß dem Gesetz gelten die folgenden Eigentums- und Betriebsformen: Cooperativas Agrarias de Produccion (CAP, die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften), Sociedades Agricolas de interés social (SAIS, Semi-Genossenschaften), Comunida-

des campesinas (Indianische Landgemeinden), kleine und mittlere bäuerliche Privatbetriebe (pequena y mediana propiedad). Darunter sind die ersten beiden genossenschaftlich orientierte Produktionsbetriebe von dem Gesetz gefördert. „So wurden die großen agro-industriellen Latifundien, die hauptsächlich Zuckerrohr und Zucker und dessen Derivate produzieren, sowie die Teeplantagen an der Nordküste und in der südlichen Sierra den fest angestellten Arbeitern dieser Betriebe als landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (CAP) zugesprochen.“²⁹⁾ Dabei verbietet das Agrarreformgesetz die Zerstückelung der agro-industriellen Komplexe, und es wird die bestehende Produktionsstruktur ausdrücklich unverändert belassen, um die Kontinuität der hohen Produktion zu gewährleisten, d. h. die für den Staat unverzichtbare Akkumulationsfähigkeit der Zuckerkooperativen zu erhalten und die Abzahlung der Agrarschuld nicht zu gefährden.³⁰⁾ „Die großen Latifundien für Viehzucht in der Sierra wurden semigenossenschaftlichen Organisationen, den sogenannten SAIS, übergeben. Diese wurden zum einen von den fest angestellten Arbeitern in den Ex-Haciendas und zum anderen von einigen der an nächsten gelegenen „Bauern-Gemeinden“ gebildet.“³¹⁾ Wie Quijano erwähnt, ist SAIS nicht rein genossenschaftliche Organisation. SAIS ist zwar wie CAP auch nach dem Prinzip der Selbstverwaltung organisiert, aber besteht aus Kombination von natürlichen und juristischen Personen, während der CAP nur natürlichen Personen als Mitglieder angehören. Das heißt, daß SAIS gewöhnlich aus einem hochentwickelten mechanisierten Kernbetrieb und Mitgliedern der Bauern-Gemeinden zusammengesetzt ist. Die letzteren „sind in den Selbstverwaltungsorganen der SAIS vertreten und erhalten jeweils als juristische Person insgesamt einen Anteil der zu Ende des Geschäftsjahres ausgeschütteten Gewinne. Sie sind jedoch nicht in den Produktionsprozeß des Kernbetriebes integriert.“³²⁾ Außer den vier erwähnten Kategorien von Betriebs- und Eigentumsformen (CAP, SAIS, Comunidades Campesinas, Privatbetriebe) erwähnt das Gesetz auch die Kategorie „Grupos Campesinos,“ bei der es sich um einen losen Zusammenschluß individueller Kleinstbauern handelt und diese Organisationsform als Vorstufe zu Formen des kooperativen Eigentums gilt, d. h. sie kann nach einiger Zeit in CAP oder SAIS umgewandelt werden. Die Präferenzen der staatlichen Kreditvergabe sind nach der oben erwähnten Reihenfolge - CAP, SAIS, Comunidades Campesinas, Privatbetriebe - gestaffelt.

5.3 Regelungen der Umverteilung des Landes bzw. des Viehs und von Gebäuden

5.3.1 Enteignung

Aus der negativen Erfahrung mit der Agrarreform Belaundes, in der die effektive Landverteilung aufgrund von mehreren Ausnahmeregelungen zugunsten der traditionellen Großgrundbesitzer gescheitert war, sollte ein Kompromiß hinsichtlich der Enteignung des Landbesitzes streng ausgeschlossen werden. Um ihren Willen der Kompromißlosigkeit gegenüber agro-industriellen Zuckeroligarchie zu demonstrieren, „wurden die acht größten Zuckerplantagen des Landes bereits zwei Tage nach der Verkündung des Gesetzes Nr.17716 der Militärregierung in einem zeitlich koordinierten Überraschungscoup durch Militärs besetzt und zur Enteignung bereitgestellt.“³³⁾ Um die wirtschaftliche Nutzbarmachung des Landes zu realisieren, legt das Gesetz sowohl die Reduzierung der maximalen Besitzgrößen als auch Minimaleinheiten (3ha) für Privatbesitz zur Verhinderung weiterer Parzellierung durch Erbteilung fest. „Durch Herabsetzung der Maximalgrößen für landwirtschaftlichen Privatbesitz auf 150ha Bewässerungsland an der Küste und 15–55ha Bewässerungsland in der Sierra (bzw. 30–11) ha Trockenfeldbau land versucht das Gesetz, genügend Land für Agrarreformzwecke freistellen zu können.“³⁴⁾ Für die Viehwirtschaft ist die Größe des Landes vom Privatbesitz in Höhe von 1,500ha mit natürlichen Weiden beschränkt.³⁵⁾

Zur Enteignung des Landes in Betracht gezogen sind:³⁶⁾

1. Brachliegendes und mangelhaft nutzbar gemachtes Land und schlechte Nutzung und Schädigung der natürlichen Hilfsquelle
2. Fortbestand anti-sozialer oder lehnherrschaftlicher Formen der Ausbeutung des Bodens
3. Verhältnisse, die ungerecht oder dem Gesetz bezüglich der Arbeitsverhältnisse entgegengesetzt sind
4. Eine Konzentration von Grund und Boden, die Ausbreitung des kleinen und mittleren Eigentums auf dem Lande verhindert und ungerechte Abhängigkeit der Bevölkerung verursacht
5. Das parzellierte Grundstück, das durch Bodensplitterung den geringen Ertrag verursacht
6. Grundstücke, die durch kleine Pächter oder Unterpächter bebaut sind, „aus diesem Grund blieben seit dem 24.Juni 1969 alle Aktien- und Kommanditgesellschaften auf dem Lande untersagt“³⁷⁾

Das ökonomische Interesse der Besitzer der enteigneten Ländereien, Vieh und Einrichtungen sind vom Gesetz gemäß Artikel 3 gewährleistet. Das heißt, daß die Betroffenen dafür angemessen entschädigt werden können. „Die Entschädigungssumme für enteignete Ländereien basiert nach dem Gesetz auf der Bewertung des Bodens, die der Besitzer für die Steuererklärung der letzten Jahre angegeben hatte (Art,63).....
... Land, Viehbestand und Einrichtungen haben unterschiedliche Entschädigungsbedingungen.“³⁸⁾ Für das Vieh wird für den Gesamtwert z. Z. der Enteignung in Bargeld bezahlt. Für das Land und für die Gebäude, Instalationen und Geräte teilweise auch bar und der restliche Gegenwert wird als Agrarverschreibung (Bons de la Deuda Agraria) in Form von Bon auf drei verschiedene Arten mit Verzinsung je nach Bewirtschaftungsformen unterschiedlich ausgezahlt.

Um diese Summe der Agrarverschuldungen zum Zweck der Industrieinvestition zu verwenden, bietet Artikel 180 an die Agraroligarchie die Einlösung der Bons an. Artikel 180 gestattet die Einlösung des Gesamtwertes der Schuldverschreibungen, wenn der Inhaber einen weiteren Betrag in gleicher Höhe aufbringt und sich bereit erklärt, die Gesamtsumme in ein vom Staat zugewiesenes Industrieunternehmen zu investieren.

5.3.2 Umstrukturierung der Minifundien durch Flurbereinigung

Zum Zweck der effektiven Nutzung der Landfläche sollten bei den am meisten zerstückelten Parzellen eine Flurbereinigung durchgeführt werden. Betroffen von dieser Maßnahme sind diejenigen Ländereien, „die weniger als die Grundstückseinheit für eine Familie (3 ha) ausmacht.“³⁹⁾ Von den durch Flurbereinigung geschaffenen Ländereien sollten die „landwirtschaftliche Einheiten von angemessener Flächenausdehnung geschaffen werden, die auf den Minifundien-Ländereien eine Steigerung des Lebensstan-

Tabelle 2 : Anzahl und Größe der Minifundien nach Region und Fläche, die benötigt wird, um das Problem der Minifundien zu beseitigen

Regionen	Zahl der Minifundisten	Fläche in ha	Fläche in %	Durchschnittliche Größe der Minifundien	Fläche, die notwendig ist, zur Lösung des Minifundien-Problems
Küste	90,000	86,000	13.0	0.96	250,000
Sierra	690,000	1,270,000	6.5	1.80	2,900,000
insgesamt	780,000	1,356,000		1.70	3,150,000

Quelle ; Díaz Marín, Alejandro : Minifundio, Parcelaciones, Contratos Agrarios, in: CENCIRA (Hrsg.): Reforma Agraria. Curso de información básica para oficiales de la Fuerza Armada, Lima 1975 S. 9

dards der Landbewohner erlauben.“⁴⁰⁾ Von den Maßnahmen der Flurbereinigung waren bis Mitte 1979 insgesamt nur 1,198 Familien betroffen.

5.3.3 Zuweisung von enteigneten Ländereien an besitzlose Bauernfamilien

Die enteigneten Ländereien wurden nicht nur an den kooperativen Betrieben, sondern auch im Sinne der Förderung des kleinen Landbesitzes an den ehemaligen Pächtern und Arbeitern der Latifundien, deren Familien seit Generationen dort gelebt und gearbeitet hatten, individuell verteilt. Die Größe des zugewiesenen Landes „durfte nicht größer als 15 ha an der Küste und 30 ha in der Sierra sein. Mindestens mußte die Zuteilung jedoch die Größe einer Familieneinheit von 3 ha betragen.“⁴¹⁾ Zu diesem Zweck sah die Planung 4% der enteigneten Ländereien mit einer Fläche von 348,000 ha vor. Diese Fläche sollte mit der durchschnittlichen Größe von 5,6 ha an 61,376 Bauernfamilien aufgeteilt werden. In der Wirklichkeit wurden bis zum 30. Juli 1975 39,5% der geplanten Fläche von 137,702 ha an 19,079 Familien übergeben.⁴²⁾

Die von der Agrarreform begünstigten Campesinos bekommen die Zuerkennungen ihrer übereigneten Grundstücke mittels Ankauf-Verkauf-Vertrages mit dem Staat. Der Preis wird in Relation mit der ökonomischen Kapazität der landwirtschaftlichen Einheit festgesetzt und dessen Bezahlung einschließlich Zinsen erfolgt in über 20 Jahresraten.⁴³⁾

5.4 Agrarpolitik

Außer Bodenumverteilung und Förderung der neuen Organisationsformen der Betriebsorganisationen mußten zur effektiven Durchführung der Agrargesetzgebung als notwendige Ergänzung noch detaillierte Maßnahmen im Bereich der Preis- und Subventionspolitik, Kreditpolitik, Investitionspolitik, usw. getroffen werden.

5.4.1 Preis- und Subventionspolitik für Agrargüter

Um die Lebenshaltungskosten zu stabilisieren, wurde von der Regierung Preispolitik für die Nahrungsmittel mit Subvention durchgeführt. Aufgrund der Knappheit der inländischen Produkten „mußten Reis, Mais, Weizen, Sorgum, Milchprodukte, Öl, Fette und Fleisch importiert werden.“⁴⁴⁾ Aber da die Preise der importierten Produkte auf dem Weltmarkt weit über den festgesetzten inländischen Erzeugerpreisen lagen, mußte die Regierung für die Importwaren wesentlich höhere Subventionen als für die Inlandsprodukte leisten. Außer der optimalen Subventionierung wurde die Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln durch die Befreiung von der Importsteuer erleichtert, während die peruanischen Produzenten unter dieser diskriminierenden Preis- und Subventionspolitik gelitten hatten, in der die Erzeugerpreise ihrer Produkte künstlich niedrig gehalten wurden. Dies führte weiter zur Stagnation der inländischen Produktion und

(66)

Zunahme der Lebensmittelimporte.

5.4.2 Die Kredit- und Investitionspolitik

Für den Ankauf von Maschinen, Düngemittel, Vorprodukte, Saatgut oder für die Bewässerung, Anbau der Infrastrukturen usw. wurden von staatlichen Entwicklungsbanken, vornehmlich von der Agrarbank Kredite oder Investitionshilfe vergeben.

Kreditvergabe wurde sowohl regional als auch nach Betriebsformen und Anbauprodukten ungleich gewichtig verteilt. Die Zuckerrohr-Genossenschaften im Küstengebiet, die Exportwaren „Zucker“ produzieren, sind überwiegend bevorzugt.

„Im Einzugsbereich von Trujillo - der Hauptstadt im Chicama-Tal, einem der wichtigsten Zuckerrohranbaugebiete Perus - erhielten die Kooperativen 1974 insgesamt 2% der Kredite, aber 72% des Kreditvolumens, während die Kleinbetriebe zwar 92% der Kredite, aber nur 19% des Kreditvolumens erhielten. Von sämtlichen an die Kooperativen gewährleisteten Krediten gingen 65% in die Zuckerproduktion, während nur 35% für Nahrungsmittelproduzenten zur Verfügung gestellt wurden.“⁴⁵⁾ Das absolute Kreditvolumen der staatlichen Entwicklungsbanken an Landwirtschaft nimmt seit 1969 bis 1973 zwar zu, aber deren Anteil an der Gesamtwirtschaft wird tendenziell geringer.

Zur Erweiterung des Kreditvolumens bezieht die Agrarbank seit ihrem Bestehen fremde Finanzierung mit hohen Verzinsungen, wie Banco Internacional de Reconstrucción y Fomento (BIRF), die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID). „Nach Schätzung sind 66% der Kredite in der Landwirtschaft externen Ursprungs. Ohne die ausländischen Kredite könnte die peruanische Regierung ihre Agrarpolitik nicht realisieren.“⁴⁶⁾ Da die private Investitionen sich auf den industriellen Sektor, die Agro-Industrie und den Tourismus konzentrierten, mußten in die Landwirtschaft immer mehr von den öffentlichen Institutionen investiert werden. So wurden z. B. 1974 95% der in der Landwirtschaft getätigten Investitionen staatlich finanziert und der Anteil der Inves-

Tabelle 3 : Kredite der staatlichen Entwicklungsbanken 1969-1973 (in Mio Soles)

	1969	1970	1971	1972	1973
Landwirtschaft	6,496	7,257	7,817	9,145	10,565
insgesamt	14,649	17,081	22,462	28,855	35,266
Anteil der Landwirtschaft in %	44.3	42.5	34.8	31.6	29.9

Quelle : Banco Central de Reserva Memoria 1973

titionen in der Landwirtschaft betrug ca.14%. Der Schwerpunkt der Investitionen wurden auf die Förderung der Bewässerungsprojekten gelegt, zwar in der Küstenregion wie die Projekte Tinajones, Chira-Piura und Majes konzentriert. 86% der gesamten Kosten der geplanten Bewässerungsprojekten bis 1975 in Höhe von 40 Mrd. Soles entfielen auf diese drei Großprojekte. Diese Projekte wurden zu über die Hälfte durch externe finanzielle und technische Unterstützung durchgeführt, insofern ist die Verzögerung des Bauendes nicht verwunderlich gewesen.

6. Auswirkung der Agrarreform

6.1 Bodenverteilung

Das geplante Termin der Beendigung des Enteignungs- und Zuweisungsverfahrens auf 1975 wurde aufgrund sowohl der komplizierten administrativen Abwicklung als auch des Mangels des Finanzvolumens des Staates zur Entschädigung für die ehemaligen Besitzern nicht eingehalten. Der Abschluß der Enteignungen wurde auf 1976 und der Abschluß der Zuweisung auf 1978 verschoben. Jedoch konnten bis Ende Juli 1976 nur 7.83 Mio.ha enteignet werden, d. h. 76.6% bzw. 72.2% von dem Ziel, bis zum 31.12.1976 14,500 Güter mit 10.1 Mio.ha zu enteignen.⁴⁷⁾ Im selben Zeitpunkt, Juni 1976, lag die zugewiesene Fläche in Höhe von 6.8 Mio.ha um 13% (ca.1 Mio.ha) unter der enteigneten Fläche.

Von dieser Agrarreform wurden nur 24% der in der Landwirtschaft erwerbstätigen Familien (332,000 Familien) positiv betroffen, während 73% der landwirtschaftlich

Tabelle 4 : Von der Agrarreform begünstigter Bevölkerungsanteil (in Tausend)

	Insgesamt	Von der Agrarreform erfaßt		Nicht erfaßt (%)
		Anzahl	%	
Bauernfamilien	1399.6	332	24	76
Landwirtschaftlich nutzbare Fläche(ha)	2813.9	2058.8	73	27
Natürliche Weiden(ha)	27120.0	6930.6	26	73
Brachland und Wälder(ha)	—	3687.6	—	—

Quelle : A. Quijano, Die Agrarreform in Peru, in: Gewalt und Ausbeutung, Hrsg. von E. Feder, S. 422

Zur Agrarreform Perus von 1969

nutzbaren Fläche von der Agrarreform berührt worden sind. Diese Statistik zeigt die enorme Diskrepanz zwischen den Nutznießern der Agrarreform und denjenigen Familien, die davon nichts zu bekommen hatten, nämlich 76% der nicht betroffenen Familien müssen die restlichen 27% des Ackerlandes bearbeiten.

Tabelle 5 : Landzuweisung nach Unternehmensformen (akkumuliert 1963 bis 1976)

Unternehmensform	Anzahl	Fläche (1000 ha)	Familien
1972(Juni)			
Genossenschaften*	134	811	44,106
SAIS	10	800	11,691
Comunidades	61	331	15,367
Einzelbetriebe	—**	120	16,367
		<u>2062</u>	<u>87,979</u>
1973(Dezember)			
Genossenschaften*	458	1878	88,532
SAIS	39	1895	39,817
Comunidades	94	386	30,360
Einzelbetriebe	—**	121	16,727
		<u>4280</u>	<u>175,436</u>
1974(September)			
Genossenschaften*	547	2146	97,584
SAIS	41	1964	49,878
Comunidades	111	439	34,316
Einzelbetriebe	—**	124	17,292
		<u>4673</u>	<u>199,070</u>
1975(Dezember)			
Genossenschaften*	973	3010	124,820
SAIS	56	2513	59,353
Comunidades	180	569	51,116
Einzelbetriebe	—**	136	18,723
		<u>6228</u>	<u>254,012</u>
1976(Juni)			
Genossenschaften*	—**	3251	132,384
SAIS	—**	2592	59,764
Comunidades	—**	650	66,237
Einzelbetriebe	—**	137	19,030
		<u>6630***</u>	<u>277,415</u>

*Einschließlich der sogenannten Grupos Campesinos.

**Keine Angaben.

***Ohne Zuweisungen (172 913 ha) an Propiedad Social.

Quelle ; zitiert von M. Minkner, Eigentums-, Beschäftigungs- und Produktionsveränderungen in der peruanischen Landwirtschaft durch die Agrarreform von 1969 ; in Verfassung und Recht in Übersee, 2. Quartal 1977, S. 221

Tabelle 6 : Soziale Stellung aller landwirtschaftlichen Familien nach Abschluß der Agrarreform

	Zahl der landwirtschaftlichen Familien	in % der Gesamtzahl
Neue Landeigentümer infolge der Reform	340,000	28
Indiv. Eigentümer	170,000	14
Lohnarbeiter	200,000	17
Minifundisten	240,000	20
Landlose Campesinos	250,000	21
<hr/> INSGESAMT <hr/>	<hr/> 1,200,000 <hr/>	<hr/> 100 <hr/>

Quelle ; Chirinos, A., La Reforma Agraria Peruana, S. 31 In : Kerbusch, E. -J. (ed.), Cambios estructurales en el Perú, Lima 1976, S. 11
-34

Flächenmäßig gesehen, ist die Landzuweisung nach Betriebsformen unterschiedlich. Das Hauptförderungsobjekt der Agrarreform, die Genossenschaft, ist erstrangig, daher betrug die Durchschnittsfläche pro Mitgliedfamilie in der Genossenschaft rd.24 ha, während sie auf bei der Bauernfamilie in der Comunidad durchschnittlich ca.9 ha und der im Einzelbetrieb ca.6 ha entfällt. Diese Differenz des Endergebnisses weist darauf hin, daß die Agrarreform „eine Art konzentrierter Neuverteilung der Großgrundbesitze an eine exklusive, begünstigte Minderheit der Arbeiter“⁴⁸⁾ darstellte.

Aus der Tabelle 6 geht hervor, daß immer noch 41% der landwirtschaftlichen Familien als Minifundien und Landlose existieren. Sogar „etwa eine halbe Million Bauern (von 7 Mio. Bauern Perus: Verfasser) lebte auch 1976 noch immer unter Pachtverträgen, die nach dem Gesetz unerlaubt sind.“⁴⁹⁾

6.2 Beschäftigungseffekt, Einkommensverteilung

Wie man an der neuen Besitzstruktur sieht, schlug die Beschäftigungspolitik im Sinne der Schaffung neuer Arbeitsplätze fehl. Weil in Peru die landwirtschaftliche Nutzfläche schon von vorneherein geographisch sehr gering war, mußte man das Problem des Landmangels entweder durch die Kolonisierung des Urwaldes oder durch die Errichtung von Bewässerungssystemen lösen, sodaß neue Anbauflächen erschlossen werden. Schwergewicht für die Erschließung wurde auf die letztere Möglichkeit gelegt, und zwar mit Vorliebe auf große Projekte an der Küste, die durch die ausländischen Unternehmen durchgeführt werden. Aber da diese Projekte kapitalintensiv bewirtschaf-

tet werden, wurden nur relativ geringe neue Arbeitsplätze geschaffen. In Anbetracht des Beschäftigungseffekts in Reformbetrieben gilt dies gleichfalls. Bei der Umwandlung der ehemaligen agro-industriellen Zuckerplantagen und der Haciendas in CAP und SAIS wurden deren Saisonarbeiter mit dem Vorwand der Einstufung „Gelegenheitsarbeiter“ nicht als Genossenschaftsmitglieder aufgenommen, sondern nach wie vor nur als „Eventuales“ die von den Sozialleistungen wie kostenloser Unterkunft und Krankenversicherung ausgeschlossen bleiben müssen, die den Mitglieder zur Verfügung stehen. Bei diesen Vorgängen spielte die Absicht eine Rolle, die Gewinnausschüttungen an die Genossenschaftsmitglieder möglichst hoch zu halten. Die Reduzierung der festangestellten Arbeiter durch das nicht Ersetzen im Sterbefall oder bei Altersausscheidungen ergibt eine weitere Zunahme des Eventuales. „So hat sich in den Zuckergenossenschaften die Zahl der Eventuales allein zwischen 1968 und 1972 von 2949 auf 3848 erhöht, während die Zahl der Arbeiter von 19,883 auf 18,239 zurückging.“⁵⁰⁾ Prozentual gesehen, hat sich nach Minkner in acht Zuckergenossenschaften der Anteil der Eventuales von 11.5% (1968) auf 14.8%(1972) erhöht und der Anteil von den Mitgliedern hat sich von 77.4% auf 70.1% verringert. Nach Schätzungen gelten 38% aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in der Region als solche Tagelöhner, wo sich die Zuckerkooperativen konzentriert.⁵¹⁾ Laut der Statistik des Arbeitsministeriums für 1973 und 1974 erkennt man im Hinblick der Beschäftigungseffekt keine positive Änderung. Zwischen Mitgliedern und Eventuales in CAP und SAIS gibt's auch hinsichtlich des Einkommens einen entsprechenden Unterschied. „In den Zuckergenossenschaften stieg das durchschnittliche Lohnniveau der Arbeiter (Mitglieder) von 1968 bis 1972 um 134%, das der sog. Eventuales nur um 57%.“⁵²⁾ Diese Diskrepanz ist so groß, daß ein Mitglied-Feldarbeiter ca. viermal soviel wie ein Eventuales verdient, der gleiche Arbeit verrichtet. Diese enorme Einkommensdiskrepanz zwischen Eventuales und Socios veranschaulicht Heymach mit dem konkreten Beispiel auf der Kooperative Paramoga : hier erhielt ein Socio für einen Arbeitstag von sechs Stunden 140 Soles ; einem Eventuales wurde die Arbeitszeit von 10 Stunden mit 45 Soles vergütet. Abgesehen von Ex-Haciendabesitzer gehörten die früheren Arbeitnehmer und heutigen Eigentümer der agro-industriellen Komplexe schon immer zu den höchsten Einkommensbezieher, während den Lohnabhängigen und Minifundistas der Sierra die unterkapitalisierten Ländereien mit niedriger Produktivität übertragen wurden. Die in SAIS integrierte Comunidades Campesinas leiden nicht nur unter geringen Überschuß aufgrund der Tilgung der Agrarschuld, sondern auch darunter, daß die Umverteilung in

bar von der SAIS möglichst niedrig gehalten und oft in Infrastrukturprojekten vorgenommen wird. „Das bedeutet, daß die SAIS zunächst die Tilgungsbeträge der Agrarschuld bezahlen muß, bevor sie jedes Jahr ihre Überschüsse an die Comunidades verteilt. Es ist offensichtlich, daß es sich um eine beträchtliche Entnahme von Mitteln handelt, die das Unternehmen und mehr noch die Comunidades belastet. Außerdem behandelt der Staat die SAIS mit Bezug auf die Steuern wie ein gewöhnliches kapitalistisches Unternehmen. Er trägt jedoch nicht gleichzeitig zur Schaffung einer Infrastruktur bei, Im Gegenteil, er verlangt von der SAIS, daß sie sich um ihre eigene Infrastruktur und sogar um die Finanzierung einer Gesundheits- und Schulabteilung kümmert.“⁵³⁾ Dies zeigt, daß die SAIS-Betriebe selbst in ihrer Entwicklung durch die Agrarschuld gehemmt sind und auf Kosten der Verelendung der Comunidades Campesinas sich aufrecht erhalten. Selbst die als der entwickelteste Modelbetrieb bekannte SAIS „Tupac Amaru“ mit einer Bodenfläche von 216,500 ha hat Schulden in Höhe von 130 Mio.Soles. „Der Betrag muß nach fünf Freijahren innerhalb von 25 Jahren zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 6% an den Staat zurückgezahlt werden, so daß sich eine jährliche Belastung von rund 10 Mio.Soles oder eine Gesamtschuldenbelastung von 215 Mio.Soles ergibt. Mindestens 30-40% ihres Bruttogewinns muß die SAIS jährlich an die „Banco de Fomento Agropecuario“ abführen.“⁵⁴⁾

6.3 Produktionsentwicklung der Agrargüter

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts der Landwirtschaft stagniert seit 1970. 1975 erreichte sie sogar 1.0% ; eine Wachstumsrate, die niedriger als die Durchschnittswachstumsrate 1961/1967, vor Beginn der Agrarreform, liegt.

Zu dieser Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion trug wesentlich der Rückgang der Grundnahrungsmittelproduktion, insbesondere der Rückgang der wichtigsten Grundnahrungsmittel für die gesamte Bevölkerung, Kartoffeln, obwohl deren Hektarerträge seit 1969 gestiegen sind. Die Ursache dafür liegt vor allem in der Verringerung der Anbaufläche. Dazu trugen verschiedene Gründe bei, erstens verlief der Übergabeprozess so schleppend, daß die betroffenen Ländereien in der Zeit nicht vollständig bearbeitet werden konnten, zweitens hatten die ehemaligen Besitzer oft vor der Enteignung die Produktionsmittel heimlich verkauft oder sogar zerstört und drittens wegen der unrentablen Produktion aufgrund des staatlich festgesetzten Erzeugerpreises reduzierten die Bauern häufig ihren Anbau auf den Eigenbedarf. Außerdem, da der Zugang zu Kredit und der staatlichen Investitionshilfe für diesen Sektor kaum

möglich ist, bleibt die Produktivitätsteigerung mangels der Mechanisierung und Technisierung entsprechend gering. „Zwischen 1960 und 1973 hat die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft um nur 6% zugenommen, während der Produktivitätszuwachs der gesamten Wirtschaft 35% betrug.“⁵⁵⁾ Diese niedrige Produktivitätsteigerung gilt besonders bei den neuen Landbesitzern von Klein- und Mittelbetrieben, weil sie nicht nur staatliche Subvention erwarten können, sondern ihnen ist es aufgrund der Rückzahlung der Agrarschuld überhaupt nur möglich, ihre neu geschaffenen Betriebe zu erhalten.

Produktionsstagnation gab es auch bei Fleisch und Milchprodukten. Seitdem die

Tabelle 7 : Wachstumsraten des BIP und des BIP der Landwirtschaft zwischen 1969 und 1975

	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1969~ 1975
Landwirtschaft	6.6	7.8	3.0	1.0	2.4	2.3	1.0	3.4
Peru insgesamt	4.1	7.3	5.2	5.9	5.4	6.6	4.0	5.5

Quelle ; Deutsche Bank : Wirtschaftsbericht Lateinamerika April 1977, S. 19

Produktion zwischen 1969 und 1970 von Rindfleisch 83,000 auf 67,000 Tonnen und von Milchprodukte 782,000 auf 56,000 Tonnen gesunken war, stieg sie zwar jährlich langsam an, aber erreichte ihre Produktion im Jahr 1975 (Rindfleisch 77,000 Tonnen, Milchprodukte 600,000 Tonnen) doch noch nicht das Produktionsniveau von 1969. Trotz des 14 tägigen Rindfleisch-Verkaufsverbotes und der positiver Produktionsentwicklung der Geflügel und damit auch Eier - von 1969 bis 1975 entwickelte sich deren Produktion 42,000 auf 103,000 Tonnen bei Geflügel und 25,000 auf 50,000 Tonnen bei Eier - wurde tierische Nahrungsmittelnachfrage auch nicht von inländischen Produkten gedeckt, da die Wachstumsrate von Bevölkerung höher als die Wachstumsrate der Nahrungsmittelproduktion war. Zur Deckung des nationalen Bedarfs von Lebensmitteln ist Peru im starken Maß auf Import von Weizen, Milchprodukten, Ölen, Fetten und Fleisch angewiesen. In zunehmender Weltmarktpreisentwicklung stiegen die Ausgaben für den Import im Jahre 1973 sprunghaft an, obwohl das Importvolumen nur sehr gering zunahm. Zum Beispiel wurden 1975 für Nahrungsmittel-Importe in Höhe von 1,000,000 Tonnen 250 Mio. US-Dollar bezahlt, während 1968 für 900,000 Tonnen (nur um 100,000 Tonnen weniger) 120 Mio. US-Dollar ausgegeben wurden. Der Preis ist inzwischen

fast doppelt so hoch angestiegen. Darüberhinaus bedeutet dieser Nahrungsmittelimport eine Doppelbelastung für die peruanische Zahlungsbilanz, weil die Preise erst nach der Subvention an die Konsumenten weitergegeben wurden. „Der für die Lebensmittelversorgung zuständige Minister bezifferte die Höhe dieser Subventionen auf 11.2 Milliarden Soles für den Zweijahreszeitraum 1975/76.“⁵⁶⁾ Ursprünglich sollte die Produktion der traditionellen Exportgüter wie Zucker, Baumwolle und Kaffee zur Beschaffung der Devisen für den Investitionsgüterimport erhöht werden, tatsächlich wurden diese Produktionsbereiche im Verlauf der Agrarreform im Vergleich zu anderen mehr begünstigt. Aber von diesen drei Produkten stieg nur die Zuckerproduktion bis 1974. Bei anderen beiden haben sowohl Anbauflächen als auch die Produktion tendenziell stagniert. Da es bei den Weltmarktpreisen von Baumwolle seit Mitte der 60er Jahren größere Schwankungen gibt, ist der Anreiz für Baumwollanbau nicht groß. Stattdessen wurde Baumwolle-Anbaufläche für die Produktion von Zucker, der auf dem Weltmarkt bessere Absatzmöglichkeit hat, umgestellt. Beim Kaffeeanbau ist trotz der Weltmarktpreiserhöhung einerseits wegen der klimatischen Schwierigkeiten und andererseits wegen der für die direkten Produzenten benachteiligenden einseitigen Preisbestimmungen und Zahlungsbedingungen von staatlichen Monopolvermarktungsorganisation die Bereitschaft der Produzenten zur Steigerung der Produktivität nicht vorhanden. Die

Tabelle 8 : Anteil des Agrarsektors an der Handelsbilanz 1968–1973 (in Millionen US-Dollar)

Jahr	Agrarsektor		Saldo der Handelsbilanz des Agrarsektors	Saldo der Handelsbilanz	Anteil der Landwirtschaft an dem Saldo der Handelsbilanz
	Exporte	Importe			
1968	163.2	92.7	70.5	169.9	42%
1969	142.7	96.5	46.2	220.7	21%
1970	165.9	112.5	53.4	334.7	16%
1971	152.0	129.5	22.5	159.4	14%
1972	176.6	159.5	17.1	133.0	13%
1973	225.1	183.4	41.7	107.6	39%

Quelle ; Ministerio de Economía y Finanzas (MEF) : Análisis Económico Financiero de la Reforma Agraria y sus efectos en los desequilibrios intra-sector.
Informe Preliminar. Documento de Trabajo.
Februar 1976 (masch.) S. 38

geringe Steigerung bzw. Stagnation der Produktion führte zur Verringerung der Exportmengen. Bemerkenswert ist die drastische Abnahme des Exportvolumens beim Baumwolle trotz des großen Preisanstiegs auf dem Weltmarkt seit 1974. Die relative Stagnation der Exporterlöse und die Zunahme der Devisenausgabe für Nahrungsmittelsimport führten zu einem Rückgang der Exportüberschüsse in der Landwirtschaft 1968–1973 von 70.5 Mio. US-Dollar auf 41.7 Mio. US-Dollar.

6.4 Kapitaltransfer von Entschädigungsgeldern in die Industrie

Die Modernisierung des Kapitals aus den Entschädigungssummen, die an die ehemaligen Großgrundbesitzern gezahlt worden waren, war eines der großen Ziele einer forcierten Industrialisierung, die die Militärregierung mit der Agrarreform verband. Von den bis Ende 1974 bezahlten Entschädigungen in Höhe von 1,000 Mio. Soles wurden aber nur 150 Mio. Soles in die Industrie investiert. Bis zum Ende 1974 zählte die gesamten Summe von Schuldverschreibungen in Form von Bons 8.6 Mrd. Soles, aber davon wurden mit vorhergenannten Direktinvestition nur 900 Mio. Soles, rd.10% überhaupt in die Industrie geleitet. " Der größte Teil, 750 Mio.Soles sind als Tilgung der Bons in Form der Aktien der staatlichen Entwicklungsgesellschaft COFIDE zur Finanzierung von 12 staatlichen und staatlich geförderten Unternehmen umgewandelt." ⁵⁷⁾ Trotz der günstigen Bedingungen der Umwandlung der Bons in Industriekapital nahm die ohnedies geringe Transferierung offenbar noch weiter ab. Im März 1976 betrug die Investitionen, die mit Bons getätigt wurden, nur 1.7% der ausgegebenen Bons in Höhe von 10.4% Mrd. Soles. Daß die Furcht vor Enteignungsmaßnahmen auch im Industriesektor die Besitzer von Bons von Investitionen zurückgehalten hat, ist in der anfänglichen Phase die wesentliche Ursache zu dieser geringen Umwandlung. Aber dazu trug eine Empfehlung eines von der Regierung eingesetzten Komitees seit 1974, in der " die Umwandlung nicht zum Nominalwert der Bons und der im Industriegesetz festgesetzten Priorität des Unternehmens, in das investiert werden sollte, vorzunehmen," ⁵⁸⁾ beträchtlich bei.

Zusammenfassende Schlußfolgerung

Von der Bodenverteilung wurden nur eine Minderheit der landlosen Bauern und Dauerarbeiter von den Ex-Hacienda und den Agro-industriellen Plantagen begünstigt. Die Bodenverteilung hat zwar die traditionelle Agrarstruktur zerstört, die durch die Hacendados und die Besitzer der Zuckerplantagen repräsentiert wurde, aber es entstand im Verlauf des Agrarreformprozesses eine neue elitäre Klasse von begünstigten Bauern

und Landarbeitern. Das Problem der Minifundisten ist aufgrund des Prioritätsrangs der Landzuweisung nicht gelöst. Die Lage der indianischen Landgemeinden änderte sich auch nicht; sie hat sich sogar durch das neuentstandene Gesellschaftsrecht - wie Unterordnung unter der SAIS - teilweise verschlechtert.

Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze trug die Agrarreform nicht bei. Bei den neu geschaffenen kapitalintensiven Großbetrieben im Rahmen der Agrarpolitik ist von neuer Arbeitsplatzschaffung kaum die Rede. Im Jahre 1974 ist die Situation gekennzeichnet von einer Arbeitslosenquote von 0.3% und einer Unterbeschäftigungsquote von 65.4% in der Landwirtschaft. Das Beschäftigungsproblem in der Landwirtschaft Perus ist nach wie vor von der außerordentlich großen Zahl der Unterbeschäftigten geprägt.

Die Einkommensverteilung zeigt eine große Polarisierung auf. Abgesehen davon, daß die ehemaligen Großgrundbesitzer mit den Entschädigungsgeldern mal durch Umwandlung zu den städtischen Industriellen, mal durch die Transferierung des Geldes in die ausländischen Banken weiter als Gewinnbezieher profitieren, gibt es zwischen den begünstigten Bauern und den Vernachlässigten enorme Unterschiede. Die Begünstigten in CAP und SAIS waren schon vor der Reform als Dauerarbeiter in ihrer Existenz gesichert; insofern hat sich die Lage insgesamt nicht in großem Umfang geändert.

Innerhalb der CAP und SAIS ist die Einkommensdiskrepanz zwischen socios und eventuales kennzeichnend. Aber selbst unter den begünstigten Arbeitern dort ist sie zwischen den Einkommensbeziehern in Zuckergenossenschaften und in anderen Produktionsbranchen bemerkenswert. Die begünstigten Bauern in Klein- und Mittelbetrieben sind am meisten von der Agrarschuld zur Zahlung für die neu erworbenen Ländereien belastet; insbesondere der Kleinbetrieb mit 3ha, der zwar als begünstigt in offiziellen Statistiken auffällt, reicht aber nach der Ausrechnung der Experten nicht einmal für die Sicherung des Subsistenzminimums.⁵⁹⁾

Aufgrund der Verzögerung der Zuweisung der enteigneten Ländereien sind die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen nicht effektiv genutzt. Dies spielt eine große Rolle bei der Stagnation der Agrarproduktion.

Durch einseitige Agrarpolitik, insbesondere die staatliche Intervention zur Bestim-

mung der Erzeugerpreise wurden die Anreize der Produzenten zur Produktionssteigerung für inländische Konsumenten gedämpft. Dies führte zur Vergrößerung des Grundnahrungsmittelimports. Aber andererseits stagnierte auch die Produktion der Exportagrargüter (außer Zucker), nicht zuletzt wegen der vom Weltmarkt abhängigen Preisschwankungen und der schlechten Verwaltung der staatlichen Vermarktungsmonopolgesellschaft. Dadurch verringerte sich die positive Außenhandelsbilanz der Landwirtschaft.

Die Entschädigungsgelder wurden nicht produktiv im eigenen Land investiert, wie die Militärregierung gehofft hatte, sondern in Ecuador oder Kolumbien oder sie (die ehemaligen Landbesitzer) belasteten durch ihre aufwendigen Konsum die Importe und trugen außerdem zur Inflation bei.⁶⁰⁾

Um die obengenannten Faktoren des Scheiterns der Agrarreform Perus zu beseitigen, müßte vor allem die im Laufe der Reform vernachlässigte Maßnahme zur Arbeitsplatzbeschaffung für die Massen gefördert werden. Dazu müßte der Verlauf der Landzuweisung folgendes berücksichtigen:

1. Entschädigungsgelder für die Großgrundbesitzer sollte nur in Höhe der gemäßigten Existenzsicherung ausgezahlt werden, damit die Verzögerung der Enteignung wegen des Mangels an Entschädigungsgeld verhindert wird.
2. Das Landzuweisungstempo soll durch die Vereinfachung der bürokratischen Verfahren forciert werden.
3. Bisher wurden die kapitalintensiven Genossenschaften flächenmäßig überwiegend bevorzugt, um den Produktionsausfall zu vermeiden, aber nun sollten die Klein- und Mittel-Betriebe durch Einführung der „angepaßten Technologie“ gefördert werden.
4. Die Eventuales sollten in jeweiligen Genossenschaften fest angestellt werden.
5. Die Löhne und Gehälter in den Genossenschaften sollten landeseinheitlich sein, damit sowohl regional als auch in Branchen keine allzu große Unterschiede entstehen.
6. Bei der Erschließung der Ländereien sollten nicht kapitalintensive Großprojekte, sondern arbeitintensive kleine und mittlere Projekte durchgeführt und dadurch landlose Campesinos eingestellt werden.
7. Es sollen spezielle Förderungsmaßnahmen für die Produktion der Grundnahrungs-

mittel für den Inlandsbedarf getroffen werden.

(Sapporo im Mai 1983)

Anmerkungen

- 1) D. Heymach, *Der peruanische Weg ; Zur Bedeutung der "Empresas de Propiedad Social" in Rahmen der militärischen Entwicklungskonzeption (1968-1975)*, Ffm 1979, S. 12
- 2) "Das Gesetz über die Agrarreform (Auszug)", in; *Der Fall Peru, "Nasserismus" in Lateinamerika zur Überwindung der Unterentwicklung*, Hrsg. von H. R. Sonntag, Wuppertal 1971, S. 117
- 3) Vgl. *Länderkurzbericht Peru 1977*, Hrsg. von Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1977
- 4) Vgl. E. Janssen und R. Rademacher, Peru, in; *Handbuch der Dritten Welt*, Hrsg. von D. Nohlen und F. Nuscheler, Hamburg 1976, S. 392
- 5) M. Bouvier und S. Maturana, "Die Beschäftigungslage in der lateinamerikanischen Landwirtschaft", in; *Gewalt und Ausbeutung*, Hrsg. von E. Feder, Hamburg 1977, S. 227
- 6) Vgl. A. Gaitzsch, "Die peruanische Agrarreform", in; *Die Dritte Welt. Sonderheft 1976*, Meisenheim 1976, S. 15
- 7) Ebd., S. 19
- 8) I topo entspricht ca. 0.333 ha
- 9) Vgl. A. Gaitzsch, a. a. O., S. 26
- 10) MIR, "Peru: Klassenkampf und Militärregierung," in; *Lateinamerika : Faschismus oder Revolution*, Hrsg. von H. R. Sonntag, Berlin 1974, S. 101
- 11) Vgl. A. Gaitzsch, a. a. O., S. 28f
- 12) *Lateinamerika Nachrichten, Sondernummer Peru*, Berlin 1977, S. 66
- 13) 1963 waren in den Departments Cuzco, Ayacucho und Puno 1500 Bauerngewerkschaften organisiert, ca. 300,000 Campesinos in Hacienden wie Comunidades und Landlose hatten sich der Bewegung allein im Department Cuzco angeschlossen. vgl. A. Gaitzsch, a. a. O., S. 30
- 14) E. Finsterer, "Agrarreform in Peru: Gescheiterte Industrialisierung auf Kosten der Bauern, in; *blätter des iz3W Nr. 67*, Freiburg 1978, S. 27
- 15) *Lateinamerika Nachrichten*, a. a. O., S. 66
- 16) A. Gaitzsch, a. a. O., S. 33
- 17) Vgl. Ebd., S. 35
- 18) Vgl. Ebd., S. 36
- 19) E. Janssen und R. Rademacher, a. a. O., S. 394
- 20) M. Minkner, *Aktueller Informationsdienst Lateinamerika, Sonderausgabe 2 : Peru - Das Scheitern einer Entwicklungsstrategie*, Hamburg 1979, S. 98
- 21) D. Gremliza, *Die Agrarreform in Peru von 1969*, Meisenheim 1979, S. 97
- 22) Das Gesetz über die Agrarreform, Hrsg. von H. R. Sonntag, a. a. O., S. 117
- 23) Vgl. MIR, a. a. O., S. 97ff
- 24) Vgl. J. Piel, "Über die Herausbildung äußerer und innerer Herrschaftsstrukturen: Der Fall Peru," in; *Peripherer Kapitalismus : Analyse über Abhängigkeit und Unterentwicklung*, Hrsg. von D. Senghaas, Ffm 1974, S. 370f
- 25) J. Cotler, "Politische Krise und Militärpoplismus in Peru," in; *Der Fall Peru*, Hrsg.

Zur Agrarreform Perus von 1969

- von H, R, Sonntag, Wuppertal 1971, S. 60
- 26) MIR, a. a. O., S. 106
 - 27) J. Cotler, a. a. O., S. 61
 - 28) MIR, a. a. o., S. 107
 - 29) A. Quijano, "Die Agrarreform in Peru," in: *Gewalt und Ausbeutung : Lateinamerikas Landwirtschaft*, Hrsg. von E. Feder, Hamburg 1977, S. 423
 - 30) Vgl. Lateinamerika Nachrichten, a. a. O., S. 48
 - 31) A. Quijano, a. a. O., S. 423f
 - 32) Lateinamerika Nachrichten, a. a. O., S. 45
 - 33) Lateinamerika Nachrichten, a. a. O., S. 42
 - 34) A. Gaitzsch, a. a. O., S. 44
 - 35) Das Gesetz über die Agrarreform: Artikel 29, a. a. O., S. 125
 - 36) Ebd., Artikel 15-22, S. 121
 - 37) D. Heymach, a. a. O., S. 111
 - 38) D. Gremliza, a. a. O., S. 111
 - 39) Das Gesetz über Agrarreform: Artikel 84, a. a. O., S. 147
 - 40) Ebd., Artikel 102, S. 150
 - 42) D. Gremliza, a. a. O., S. 152
 - 42) Vgl. D. Gremliza, a. a. O., S. 154
 - 43) Vgl. Das Gesetz über die Agrarreform: Artikel 83, a. a. O., S. 146f
 - 44) D. Gremliza, a. a. O., S. 195
 - 45) Lateinamerika Nachrichten, a. a. O., S. 54
 - 46) D. Gremliza, a. a. O., S. 184
 - 47) Vgl. M. Minkner, "Eigentums-, Beschäftigungs- und Produktionsveränderungen in der peruanischen Landwirtschaft durch die Agrarreform von 1969," in; *Verfassung und Recht in Übersee*, Hamburg 1977, S. 220
 - 48) A. Quijano, a. a. O., S. 423
 - 49) D. Gremliza, a. a. O., S. 175
 - 50) Ebd., S. 239
 - 51) Vgl. D. Heymach, a. a. O., S. 122
 - 52) M. Minkner, Eigentums-, . . . a. a. O., S. 228
 - 53) P. Schober, "Die SAIS Tupac Amaru und der Agrarreformprozeß in Peru," in; *Agrarreform in der Dritten Welt*, Hrsg. von H. Elsenhans, Ffm 1980, S. 313
 - 54) H. Fuhr, *Agrarreform und Bauernbewegung in Peru*, Ffm 1979, S. 113
 - 55) D. Gremliza, a. a. O., S. 211
 - 56) D. Heymach, a. a. O., S. 126f
 - 57) D. Gremliza, a. a. O., S. 118
 - 58) Ebd. S. 120
 - 59) Vgl. M. Minkner, Eigentums-, . . . a. a. O., S. 226
 - 60) Vgl. *blätter des iz3W*, Nr. 56., Freiburg Okt. 1976, S. 18

(1983年5月19日受理)

〔邦文要旨〕

1969年のペルーの農業改革

ペルーでは、1960年代に数度にわたって農地改革が行われた。その中でも1968年の無血クーデターで政権を把握した Velasco 将軍のいわゆる「革命的軍事政府」は、大々的な農地改革をペルーの「工業化のために必須の補充措置」であると考えた。1969年6月24日に農地改革法が制定・施行されたが、この法は「ひとつの例外もなく、全ての大土地所有者の土地を有償で収用し、ラティフンディエン（巨大土地所有）やミニフンディエン（零細土地所有）等の伝統的な社会構造の構造改革、ないしは近代化をはかり、社会的平等をはかることを目的とする」と唱えた。

Velasco 政府の経済政策も「資本主義にも共産主義にもあらず」のスローガンのもとで「ペルー型モデル」として「反帝国主義的・反寡頭制的・反独占的改革」であるかのように見えた。したがって、この農地改革は、キューバ革命後のラテン・アメリカでもっともラジカルなものと思われ、専門家の注目を浴びた。しかし、果して農地改革が、当初の目的通りに土地の公平な分配、雇用機会増大、農産物の生産向上やあるいは、農業部門から工業部門への資金の振り替えといった、一般国民の生活水準向上に寄与する成果をあげたのかどうか、これを検討するのが、この小論の目的である。

小論の構成は以下の通りである。第1章はペルーの農業構造について。第2章は、それまでペルーの農業発展を阻んでき、それ故にその構造改革が、この農地改革の重要な目的のひとつとなった「伝統的農村構造」について。第3章は、60年代の歴代為政者をして農地改革に踏みきらざるをえなくした地方における社会的緊張(小作争議等)について。第4章は、この農地改革に先立って行われ、法の内容決定の段階で反面教師的な意味で影響を与えた Godoy の1962年農地改革、および Belaunde の1969年農地改革の概要。

第5章では1969年の農地改革そのものにふれる。第1節は Velasco 軍事政権による政権引き継ぎに至るまでの階級関係、およびクーデター前の政治・経済状況について。第2節は、この改革によって生み出された CAP(Cooperativas Agrarias de Producción: 農業共同生産組合)、SAIS(Sociedades Agrícolas de Interés Social: 準農業共同生産組合)、インディオ土地共同体、中・小規模私有農地等の「農業経営体ないしは土地所有の新形態」について。第3節は、改革の対象となる土地、ないしは牛、建造物の収用と分配、零細土地所有の統廃合等に関する規則。第4節は、政府の農産品に対する価格統制と補助、および農業経営体への資金貸与と投資等の農業政策について。

第6章は農地改革の結果について述べる。

——農地分配に当たっては旧アシエンダ（巨大土地所有経営体）や旧プランテーションに属していた一部の小作農民や農業労働者のみが利益を享受した。たしかに農地分配は少数のアシエンダ所有者や砂糖プランテーション主が農地を占有していた伝統的農村構造を破壊した。しかし、農地改革実施の過程でこれによって利益を享受した農民や農業労働者とそれ以外の者との間に著し

い較差が生じた。インディオ土地共同体の状態も変わっておらず、しかも新しい社会秩序—たとえば SAIS への従属化—によって部分的には悪化した。

—雇用拡大効果に関しては、農業政策に対応して新規に設立された資本集中型の大経営体においては、殆ど問題にならない。1974 年の農業部門における失業率 0.3%、潜在失業率 65.4%という数字を見ても、その状況は明らかである。

—所得分布もまた、先に述べた農地分配の過程で生じた農民間の較差を反映しており、両極化の傾向を示している。さらに旧大地主は補償金を元手に都市産業資本家に転身したり、補償金の外国銀行への預金によって巨大な利益を得ている。

—CAP や SAIS 内では socios (正組合員) と eventuales (準組合員) の間に収入・待遇較差が著しい。さらに、socios 間でも砂糖生産部門と他の生産部門との収入較差は注目に値する。中・小規模経営体の利益享受農民は、分配された土地購入に際して生じた借金の返済に苦しんでいる。特に小規模経営体の農民が配分を受けたのは 3 ヘクタールにすぎず、そこでは自家消費分さえ生産できない。

—収用された土地の分配手続きの遅滞によって農地は効果的に使用されていない。このことは農産物生産の伸び悩みに大きな影響を与えている。

—一面的な農業政策、特に生産者価格決定に対する政府の干渉によって国内消費農産物の生産向上が妨げられ、主食となる穀物類の輸入拡大をもたらした。他方で砂糖以外の輸出用農産物の生産も伸び悩んだ。これらによって農業部門における国際収支は悪化した。

—旧大地主に支払われた補償金は、政府が期待したように国内での生産的な投資に向けられず、エクアドルやコロンビアで預金されたり、あるいは外国製奢侈品購入に当てられた。これは、貿易収支を圧迫し、インフレに拍車をかけた。

上述のペルー農地改革失敗の諸要素を除去するには、特に改革実施中になおざりにされた大衆の雇用機会増大のための措置が促進されねばならなかったであろうし、以下の諸点が配慮されるべきであった。

1. 大地主への補償金は、資金不足によって生じる土地収用遅滞を避けるためにも、適当な範囲内で支払われるべきであった。
2. 迅速な土地分配をはかるため、行政手続きの簡素化を促進すべきであった。
3. 生産低下を妨ぐために資本集中型の共同組合が優遇されたが、今後、中・小規模経営体への「技術水準・環境に応じた技術」の導入がはからねばならない。
4. eventuales は、各々の共同組合において正組合として採用されるべきであった。
5. 共同組合員の賃金は、部門別較差なしに全国的に統一されるべきであった。
6. 未墾地の開発に際して、資本集中型の大型プロジェクトではなく、労働集中型の中型・小型プロジェクトが組まれるべきであった。
7. 国内消費用の主食穀物類の生産奨励措置がとられるべきであった。